

Nationalisierung, soziale Differenzen und Urbanisierung als Bedingungsfaktoren des Wahlverhaltens im Kaiserreich

Steinbach, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinbach, P. (1990). Nationalisierung, soziale Differenzen und Urbanisierung als Bedingungsfaktoren des Wahlverhaltens im Kaiserreich. *Historical Social Research*, 15(2), 63-82. <https://doi.org/10.12759/hsr.15.1990.2.63-82>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Nationalisierung, soziale Differenzierung und Urbanisierung als Bedingungsfaktoren des Wahlverhaltens im Kaiserreich

*Peter Steinbach**

Abstract: Research on the field of electoral history has never had a considerable impact on the historiography of the 19th century. Accordingly, the essay pleads for a historical investigation into political movements, making use of the theory of political mobilization as it was developed by Stein Rokkan. Considering the relations between Social Democrats, Catholics, Conservatives, Liberals, and national minority groups as they emerge from election campaigns, polls and election results, it tries to follow some of the main developments of German party history in the 19th century. The survey shows that, towards the end of the 19th century, the Social Democratic Party has virtually exhausted its reservoir of voters. Though the election campaigns aim at mobilizing broader strata of the population, they do not succeed in significantly changing the parliamentary majority in favour of the political left. In spite of social change and new social stratifications the Social Democrats, like all of the major political parties, remain dependent on a fixed clientele of voters. As a result, all of the political parties tend to stabilize their forms of organisation and strategy and thus, even at the close of the 19th century, prefigure the political immobility which was to be one of the characteristic impediments of the Weimar Republic and finally contributed to the failure of the first German democracy.

* Address all communications to: Peter Steinbach, Universität Passau, Politikwissenschaft, Innestr. 25, D-8390 Passau.
Für Prof. Dr. Georg Kotowski zum 70. Geburtstag.

I. Vorbemerkung

Die Erforschung der Wahlbewegungen im Kaiserreich ist in der gegenwärtigen deutschen Geschichtswissenschaft im Unterschied zu den fünfziger und sechziger Jahren trotz bemerkenswerter Ausnahmen zweifellos kein Schwerpunkt besonderen Interesses mehr (1). Die gründliche Erforschung gesellschaftsgeschichtlicher Entwicklungen in der Nachfolge von Hans Rosenbergs nicht nur bahnbrechender, sondern auch wegweisender Studie über die Strukturen und Veränderungen des politischen Massenmarktes in der Bismarckzeit (2), die Auseinandersetzungen über die verfassungsgeschichtlichen Perspektiven des deutschen Konstitutionalismus (3), nicht zuletzt auch die Untersuchungen über politische Kontinuitäten von Verwaltung, Parteien, Militär und Eliten scheinen weit fortgeschritten. Methodisch-praktische Experimente historischer Forschung sind augenblicklich weniger als je zuvor in den vergangenen zwanzig Jahren gefragt, und die politisch vielfach aufgeladenen Auseinandersetzungen über Grundfragen der modernen Geschichtswissenschaft (4) vertragen sich in der Regel nicht mit dem zeitlich, räumlich und auch inhaltlich begrenzten Anspruch einer historisch-politischen Wahlforschung, die bei einer Beschränkung auf das Kaiserreich nicht einmal die Chance hat, zur Klärung von politisch verwertbaren Lebensfragen für eine politische Auseinandersetzung beizutragen. Man stelle sich vor, daß über die Aufsplitterung der Liberalen und ihren Weg in die angrenzenden Parteien des politischen (5) Spektrums ähnlich engagiert diskutiert würde wie über die Frage, wer denn genau die NSDAP gewählt habe (6). Der Unterschied ist offensichtlich.

Ich möchte deshalb dennoch engagiert für die Rückverlängerung der historischen Wahlforschung in das Kaiserreich plädieren:

1) Mir scheint es wichtig und methodisch erstrebenswert zu sein, die vielfach geführte Auseinandersetzung über eine Verbindung von politischer Geschichte und Gesellschaftsgeschichte in einem wichtigen Überschneidungsbereich von Politik, Kultur und Gesellschaft in überprüfbarer und beide Ansätze berührender Weise zusammenzuführen. Theodor Schieder hat in seinem bis heute grundlegenden Aufsatz über den Liberalismus von der »Gelenkfunktion« der Wahlen gesprochen (7) und damit an die angelsächsische Vorstellung der Civil Society (8) erinnert, die sich aus dem Willen zur Verschränkung von Regierungs- und Gesellschaftssystem rechtfertigt. Diese Scharnierfunktion ist auf Ebenen zu untersuchen, die in der Forschung in der Regel viel zu schnell mit verkürzenden Vorstellungen wie »Honoratioren«, »Alltag«, »Regierung« oder gar Parteirichtungsbezeichnungen charakterisiert wurden oder werden sollen (9).

2) Die historisch-politische Wahlforschung des 19. Jahrhunderts leistet eine grundlegende Vorarbeit für jede nach historischer Sättigung strebenden Theorie politischer Entwicklung, fundamentaler Demokratisierung oder Politisierung. Dies setzt allerdings voraus, daß sich historische Wahlforschung nicht allein aus dem Wunsch erklärt, die Geschichte der Wahlkämpfe in einem bestimmten Jahr nachzuerzählen, die Dynamik oder Stabilität eines lokalen oder regionalen Parteiensystems zu schildern oder, wie es mehrfach und jüngst geschehen ist, die für Deutschland auf Wahlkreisebene außerordentlich gut dokumentierten Wahldaten in eine - überdies problematische - neue Form zu bringen (10). Wichtig scheint mir in jedem Fall der Versuch des historischen Wahlforschers (11) zu sein, die Fragestellungen der historisch-politikwissenschaftlichen Wahlforschung aufzunehmen und zu versuchen, die Bedeutung des Untersuchungsgegenstandes oder Raumes im Zusammenhang einer historisch-sozialwissenschaftlichen Modellbildung von Hypothesen, Schematisierungen und Generalisierungen der Wahlanalyse zu sehen (12).

3) Historische Wahlforschung kann auf diese Weise die historische Parteien-, Verbands- und Parlamentarismusforschung auf eine doppelt verbreiterte Grundlage stellen (13) und damit an den hohen Stand der deutschen Organisationsgeschichte anknüpfen. Sie kann die in den sechziger Jahren weder zur Verfügung stehenden noch auswertbaren Wahlergebnisse für die sozialgeschichtliche Erforschung des Parteien- und Verbandswesens nutzbar machen; und sie ist in der Lage, Interessenbindungen und interessenbedingte politische Konstellationen als Vermittlungsglied zwischen den ganz unterschiedlichen politischen Systemebenen zu analysieren (14). Die Beziehungen zwischen Regierung und Parteiführungen, zwischen Fraktionen und Wahlkreisen, zwischen Presse und Wahlkampforganisationen, zwischen Wählern und Abgeordneten sind dabei von ebenso großer Bedeutung wie die Verbindungen zwischen den Partei-, Verbands- und Regierungseliten, deren Bild durch einen stärker elitengeschichtlichen Ansatz in den sechziger und siebziger Jahren geprägt wurde, dessen Erforschung heute aber vor allem im Konzept der politischen Kommunikation aufzugehen scheint (15).

II. Zur Bedeutung der Modernisierungstheorie

Politikwissenschaftler, die sich für die fundamentale Demokratisierung von Gesellschaften nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts interessieren (16), knüpfen in der Regel an die Begrifflichkeit der Modernisierungstheoretiker (17) an, die sich um eine »historische Unterfütterung« ihrer Theorie bemüht haben. Lepsius hat in seinem frühen Aufsatz über die Prägung des deutschen Parteiensystems und die milieugeprägte

Abschließung der einzelnen politischen Bewegungen ein Beispiel für dieses Erklärungstyp gegeben (18) und in den siebziger Jahren seinen Ansatz durch generationsorientierte Überlegungen angereichert (19). Stein Rokkan versuchte hingegen, in Anlehnung an die historische Modernisierungstheorie, wie sie im Umkreis von LaPalombara, Verba, Charles Tilly, Weiner, Pye und Almond entwickelt worden war (20), Phasen, Krisen und Sequenzen politischer Beteiligung in den allgemeinen Entwicklungszusammenhang zu stellen und auf diese Weise zu beginnen, Partizipationsdynamik als Teil der Politik- und Gesellschaftsgeschichte zu verstehen (21). Er faßte die unterschiedlichen Einzelbefunde modellartig zusammen und bahnte auf diese Weise den Weg für eine vergleichende Geschichte politischer Partizipationen, die allerdings nur vorbereitet ist (22). Nicht nur der frühe Tod von Stein Rokkan, sondern auch die Komplexität der Wahlhandlung und eine sowohl entschiedene als auch starke Wendung der Sozialwissenschaften zur Verhaltensforschung, haben zu einer Verlagerung der Interessen, zu einer Verlangsamung der Forschungen, schließlich zu einem Wandel der Perspektiven geführt. Die Frage nach der Bedeutung der Wahlen für die Geschichte des Kaiserreiches und damit für die Geschichte seit der Reichsgründung ist allerdings im Zusammenhang mit politischem Systemwandel weiterhin - zu reflektieren - und dies umso mehr, weil es geradezu nach der Phase der Intensivierung der Wahlgeschichte und Wahlsoziologie auf die Nachkriegs- und Zwischenkriegszeit einer epochengeschichtlichen Rückverlängerung bedarf.

Dabei wird man sich hüten müssen, schlicht Interpretationsmodelle und -thesen der historisch-politischen Modernisierungsforschung auf die Geschichtswissenschaft zu übertragen. In diesem Sinne sind auch die als Bedingungsfaktoren des Wahlverhaltens im Kaiserreich genannten Problemereiche der »Nationalisierung, sozialen Differenzierung und Urbanisierung« stärker als Herausforderungen für die weitere Forschung denn als Erklärungsfaktoren des Wählerverhaltens im Kaiserreich zu benutzen, die bestimmte Wahlergebnisse an Erscheinungen knüpfen und dabei nicht selten nur im parallelisierenden Alltagswissen ihre angebliche Schlüssigkeit bekommen. War es denn wirklich so, daß die Verstädterung den Aufstieg der SPD begünstigte? Mußte sich im Zuge sozialer Differenzierung der Konservatismus wirklich auflösen? Und ist der Trend zur Nationalisierung als eine hinreichende Bedingung für die Schwächung des soziostrukturell mittelständisch verankerten Liberalismus in den Mittelstädten und Residenzstädten oder für die Veränderung des Zentrums zu begreifen? Deshalb ist neutraler zu fragen: Wie wirken die säkularen Veränderungen - Verstädterung, industriegesellschaftliche Differenzierung, Entstehung eines nationalen Systems politischer Kommunikation - denn genauer auf die Akteure des politischen Systems - auf Verwaltung, Regierung, Parteien und Parlamente?

In der Regel geht der historische Wahlforscher des Kaiserreichs einzel-fall- und das heißt: wahlkreisbezogen vor. Er untersucht seinen Wahlkreis oder seine Region für sich und aus sich heraus, stellt Wahlkämpfe und Wahlergebnisse dar und lebt schließlich geradezu auf vertrautem Fuß mit den Journalisten, Honoratioren, Kandidaten und Abgeordneten der von ihm untersuchten Zeit. Vergleiche, also Versuche, die Bedeutung eines Phänomens zu erfassen, indem man es auf andere gleichzeitige Phänomene bezieht, finden sich deshalb kaum in der Wahlforschung (23). Wahlgeschichte wird zur zeitlich punktuellen Geschichte, zur lokalen Partei- oder sogar zur Abgeordnetengeschichte. Um diese Verzerrung der Perspektive und Begrenzung der Befunde zu vermeiden, haben wir im Zusammenhang mit dem Passauer Forschungsprojekt zur Wahlgeschichte des Kaiserreichs und insbesondere zur »Politisierung und Nationalisierung von Wahlen« bewußt auf eine regionalvergleichende Perspektive gezielt und zugleich die ständige Rückbeziehung regionaler Wahlergebnisse und Wahlkampf-befunde auf die nationale Ebene angestrebt. Wir fragten dabei nicht vorrangig nach den regionalspezifischen Besonderheiten der Wahlentwicklungen, sondern versuchten jeweils, die Gesamtentwicklung der Parteien im Medium der Wahlergebnisse in den Blick zu nehmen und dabei zugleich das Spektrum der jeweiligen Gegenparteien mit zuberücksichtigen. Dies führt zu einer gleichsam gebrochenen Perspektive: Neben die Erfolgs- und Durchsetzungsgeschichte von Parteien, die sich in der Regel auf einen Endpunkt partei- und wahlgeschichtlicher Entwicklung hin orientiert und ihn im Rückbezug zum Ausgangs- oder Zielpunkt der jeweiligen Untersuchung macht, tritt so die Berücksichtigung der parallel verlaufenden Geschichten anderer Bewegungen und zwangsläufig die Wahlkomparatistik (24), die sich den Vergleichsrahmen innerhalb des Parteiensystems sucht.

III. Aspekte und Probleme

Entscheidend für die Ausgangslage der deutschen Wahlgeschichte nach 1871 - also seit der Einführung des modernen geheimen, gleichen, allgemeinen und direkten Männerwahlrechts - ist die Tatsache, daß sich die wichtigsten politischen Strömungen des Reichs in den der Reichsgründung vorangegangenen Jahren auf landesstaatlicher Ebene bereits gebildet und in den meisten Staaten auch durch Konflikte mit den Regierungen politisiert hatten (25). Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die preußischen Verfassungskonflikte, aber auch an südwestdeutsche Kontroversen in den Parlamenten (26). Sie formierten nicht allein das regionale oder provinzielle Parteiensystem, sondern legten auch manche der Politiker über ihren lokalen Handlungsbereich hinaus fest. Sie wurden vielfach

Repräsentanten politischer Strömungen, die nicht primär auf den Nationalstaat hin orientiert waren, sondern ihre politische Bedeutung für die Mobilisierung und Politisierung des Elektorats erst und vor allem im lokalen und einzelstaatlichen Bezugsrahmen entfalten konnten. Die Reichsgründung konfrontierte diese regional und einzelstaatlich entstandenen und verankerten Parteien und Abgeordneten mit neuen reichspolitischen Herausforderungen und Themenstellungen. Hier sind vor allem die Auseinandersetzung um Vorhaben der frühen und grundlegenden Reichsgesetzgebung, aber auch die frühzeitig aufbrechenden Konflikte zwischen Parteien und Regierungen sowie der Parteien untereinander zu erwähnen. Die Abgeordneten und Parteien mußten ihre Haltung zum neuen Nationalstaat bestimmen - zugleich beeinflussten sie diesen Nationalstaat aber massiv durch die Verschärfung von Konfliktkonstellationen (27) zwischen Parteien und deren Vertretern. Aber auch Vertreter des Staates legten Themen grundlegender politischer Auseinandersetzungen fest und konnten so zunächst die drohende Parlamentarisierung durch eine Beeinflussung der Öffentlichkeit durch veröffentlichte Meinungen verzögern, abblocken, schließlich entscheidend verformen (28).

So wurden die vor der Reichsgründung entstandenen Parteien mit gouvernemental geprägten Herausforderungen konfrontiert oder durch regionalspezifische Politikinterpretationen herausgefordert. Sie mußten aus diesen regionalspezifischen Vorprägungen heraus ihre Haltung zum neuen Nationalstaat bestimmen, der keineswegs überall die einhellige Zustimmung fand, wie sie die auffällige Reichsbegeisterung der nationalen Kräfte suggerierte. Auch die Auseinandersetzungen über die Strukturen des innenpolitischen Ausbaus, d.h. der institutionellen Differenzierung, der föderativen und parlamentarischen Struktur und nicht zuletzt der Vereinheitlichung des Rechtssystems überlagerten parteipolitische Färbungen innerhalb der einzelnen Regionen.

Die drängenden konfessions- und kulturpolitischen Auseinandersetzungen bestimmten bereits die frühe Entwicklungsphase des sich ausbildenden nationalstaatlichen Parteiensystems (29). Die Steuer-, sozial- und schließlich wirtschaftspolitischen Kontroversen prägten Wahlauseinandersetzungen und Parteikonstellationen erst in später Zeit und veränderten einerseits den Liberalismus, stützten andererseits die Sozialdemokratie und erhöhten schließlich die Integration der Zentrumspartei in das Parteiensystem. Entlang dieser Konfliktlinien bildete sich nicht nur bereits in den 70er Jahren das für die Kaiserzeit charakteristische Spektrum von fünf Parteien heraus (30), sondern verstärkte sich die frühe und nicht selten zunächst parteispezifische Mobilisierung und Politisierung. Dies zeigt sich daran, daß in den jeweiligen Hochburgen die Wahlbeteiligung stets dann besonders hoch war, wenn die jeweiligen Hochburgparteien durch die gouvernemental geprägten Wahlkampf kontroversen

besonders herausgefordert wurden. Die Politisierung wurde dabei nicht allein durch das neue Massenwahlrecht, sondern vor allem auch durch die Art der Wahlkampf-führung verstärkt. Denn das Wahlrecht zwang die Parteien zu neuen Organisations- und Wahlkampf-formen, die sich erheblich von denen unterschieden, die sich bis 1871 lediglich in den Grenzen der politisierenden Landtagswahlkämpfen in den Bundesstaaten zu bewähren hatten. Erst die Wahlauseinandersetzungen in den Wahlkreisen verstärkten den Trend, regionale Wahlkreisparteien zu bilden und die ständige Nähe zur Presse zu suchen, um die Berichterstattung aus dem Reichstag zu einem Politisierungsinstrument innerhalb regionaler Strukturen zu machen.

Die liberalen Parteien taten sich angesichts dieser Herausforderungen besonders schwer, weil sie sich in der Regel in einem Bezugssystem zu entfalten und zu behaupten hatten, das sich vergleichsweise rasch sozial differenzierte und insofern Einbruchsmöglichkeiten für Konkurrenzparteien bot (31). Honoratiorenpolitische Vereinsstrukturen und die verbreiteten sozialharmonischen Gesellschaftsbilder verstärkten die politische Immobilität, die durch die Einflüsse der Regierung schließlich vorangetrieben wurde und sich schließlich allein durch fast ständige Parteispaltungen aufhob (32).

Die Herausforderungen der Industrialisierung und Nationalisierung wurden von den einzelnen Parteien ganz unterschiedlich bewältigt. Bei einem Blick auf die Entwicklung der verschiedenen Gruppierungen springen zwei bekannte Trends ins Auge: der säkulare Anstieg der Sozialdemokratie und der erosionsartige Niedergang der Nationalliberalen, der auch durch Erfolge anderer liberaler Gruppen und Fraktionen nicht kompensiert werden konnte. Bemerkenswert bleibt neben diesem geradezu als Austausch anmutenden Prozeß die ungewöhnliche Stabilität des Zentrums (33). Sie ist zum einen bemerkenswert, weil das Zentrum immer wieder durch Staat, gesellschaftliche Gruppen und innergesellschaftliche Kräfte bekämpft wurde, die sich auf Kosten des politischen Katholizismus zu profilieren versuchten. Ihr innergesellschaftlicher Kampf sollte geradezu zum Medium der Polarisierung gemacht werden. Zum anderen muß hervorgehoben werden, daß Urbanisierung, Säkularisierung, soziale Differenzierung, Mobilität und Industrialisierung die Grundlagen der zunächst vor allem konfessionell-ländlich geprägten Zentrumspar-tei aber doch entscheidend im Zeitablauf schwächten.

Während sich die konservativen Parteien aufgrund der Agitationserfolge ihrer Hilfsorganisationen in der Phase der Hochindustrialisierung relativ gut stabilisieren konnten (zumal es eine vergleichsweise gute Austauschmöglichkeit zwischen den verschiedenen Färbungen des Konservatismus bis hin zum gouvernementalen Nationalliberalismus gab), die in der historischen Wahlforschung bis auf wenige, ihre Reichweite selbst

überzeichnende Ausnahmen eine allzu geringe Beachtung fanden, werden die Wahlergebnisse von Liberalismus, Zentrumspartei und Sozialdemokratie immer wieder in der Literatur diskutiert und interpretiert, wobei sich in der Regel in der wissenschaftlichen Deutung Annäherungen an die zeitgenössischen Selbsterklärungen der Parteien ergeben haben. Dies vor allem stand einer Einschätzung ihrer realen Möglichkeiten und Leistungen innerhalb des Parteien-, Regierungs- und Verfassungssystems im Kaiserreich nicht selten entgegen. Wir haben deshalb versucht, aus massenstatistischer Sicht einen Beitrag zur Klärung der aufgeführten Fragen zu leisten, die darauf gerichtet waren, die Bedeutung der Wahlen und Wahlergebnisse für die Stellung der Parteien in einem sich nationalisierenden, sozial differenzierenden und urbanisierenden System anzugeben.

Folgende Thesen sind zur Diskussion zu stellen:

1. Der Niedergang der Liberalen in der Weimarer Republik deutet sich bereits im Kaiserreich an. Unsere Untersuchungen über liberale Hochburgen, ihre »Abschleifung« und ihren Austausch mit Konkurrenz- und Nachbarparteien stützen die These vom kontinuierlichen Auflösungsprozeß des liberalen »Lagers«. Er wird zunächst für den Gesamtliberalismus weniger sichtbar, weil es den Liberalen im Kaiserreich vor allem gelingt, ihre Abgeordnetenzahlen vergleichsweise gut zu behaupten, nicht selten vor allem und zunehmend in Stichwahlen. Selbst wenn man die Verluste der liberalen Parteien nicht an den Bezugswerten der ersten und frühen Reichstagswahlen des Kaiserreiches mißt, belegen doch verschiedene Berechnungen die Vermutung, daß seit den 90er Jahren die Fähigkeit liberaler Kandidaten, aus eigener Kraft und bereits im ersten Wahlgang Wahlkreise zu gewinnen, entscheidend abgenommen hat.

2. Im Hinblick auf das Zentrum wurde mehrfach die These vertreten, es habe unter der Abschwächung politisch mobilisierbarer Konfessionsloyalität gelitten. Vor allem die für das Zentrum günstige Einteilung der Wahlkreise habe den Niedergang nach außen verschleiert. Dadurch seien die Folgen der sozialen Differenzierung und Bevölkerungskonzentration für den politischen Katholizismus von relativ begrenzter Bedeutung gewesen. Der Niedergang der Zentrumspartei sei auf diese Weise lediglich verschleiert worden. Die massenstatistischen Untersuchungen der Zentrumsresultate zeigen jedoch, daß innerhalb der katholischen Wählerschaft die Zentrumspartei unvermindert verankert war (34) - an diese Integrationsleistung konnte die Zentrumspartei nach 1918 umso leichter anknüpfen, als sich Vorfelddorganisationen entwickelt hatten, welche die potentiellen Diffusionen des Elektorats als Folge sozialer Differenzierung (etwa im Zuge eines Formwandels der Proletarität) verhinderten oder zumindest beschränkten. Es ist keine Reproduktion eines schlichten Selbstbildes, wenn wir betonen, daß nach allem, was wir über die soziale Zusam-

mensetzung katholischer Vereine, Vorfeldorganisationen, schließlich über die Parteigliederungen wissen und über die Wählerbasis inferenzstatistisch vermuten können, daß das Zentrum am ehesten dem Bild einer »Volkspartei« im Sinne von Alf Mintzel (35) ähnelte, also einer mehrere soziale Schichten übergreifenden, soziostrukturell, regional, nicht zuletzt auch ländlich-urban ausufernden und deshalb diese gesellschaftlich-kulturellen Bereiche vermittelnden Partei. Diese Verankerung in ganz unterschiedlichen Schichten schreitet in der späten Kaiserzeit fort - es kommt zu einer Integration verschiedener sozialer und auch regionaler Milieus sowie zu ihrer milieutypischen Überwölbung durch Kirche und Vorfeldorganisationen, nicht zuletzt auch durch eine sehr differenzierte Presse. Viel spricht deshalb für die Vermutung, daß die Zentrumsfraktion, wählerstatistisch betrachtet, ihren »Turm« überwunden hatte, als der Aufruf ertönte, ihn zu verlassen - bestenfalls ging es um eine Stabilisierung und Verbreiterung der Fundamente.

3. Allerdings ist unbestreitbar, daß die »soziale Öffnung« der Zentrumspartei in bemerkenswertem Umfang durch die Konfessionsgrenze begrenzt wurde. Insofern konnte die Zentrumspartei nur einen Teil des Elektorats binden und auf diese Weise integrieren. Als eine folgenschwere Hypothek des Kaiserreichs ist deshalb die geringe Integrationsfähigkeit aller anderen Parteien zu deuten, denn diese deckten nur einen Teil des soziostrukturell, regional und konfessionell differenzierten Elektorats ab und entwickelten niemals die Fähigkeit der Zentrumspartei, zumindest innerhalb der protestantischen Konfessionsgrenzen eine bemerkenswerte Integrationskraft zu entfalten. Derartige Tendenzen verstärkten sich durch die soziale Differenzierung, auch durch die Urbanisierung, nicht zuletzt aber auch durch die gouvernemental intendierte und deshalb immer wieder antigouvernemental sich auswirkende Politisierung und Nationalisierung: Innerhalb des Spektrums, welches man durch seine Nichtzugehörigkeit zum Zentrum definieren könnte, wirkten gerade Mobilisierung, Politisierung und Nationalisierung polarisierend. Die liberalen Parteien, die programmatisch und ideologisch ebenfalls einen milieübergreifenden Anspruch vertraten, konnten spätestens seit dem Vordringen der Interessenpolitik im Zuge von zweiter Reichsgründung und großer Depression (die zumindest stimmungsklimatisch als wirtschaftlicher Einbruch empfunden wurde) ihren Anspruch innerhalb der protestantischen Wählerschaft zunehmend schlechter einlösen. Die Konservativen waren zwar weitgehend fest im protestantischen Milieu (wenn man angesichts der evangelischen Differenzierungen überhaupt davon sprechen darf) verwurzelt, konzentrierten sich jedoch auf agrarische Interessen und konnten, wie Puhle gezeigt hat, durch die Ausweitung ihres sich von ihnen selbst zugeschriebenen Bereichs politischer Kompetenz auch einige bäuerliche Schichten (teilweise samt Dienstboten-Anhang) verteidigen (36). Die So-

zialdemokratie konnte hingegen in kein konfessionell gefestigtes Milieu eindringen, sondern gewann lediglich die aus dem Protestantismus herausgelösten sozialen Gruppen, ohne aber in die mittelständischen Schichten eindringen zu können. Allerdings zeigten sich zuweilen Entwicklungslinien einer mittelständischen Integration, wie jüngst Helga Kutz-Bauer in einer methodisch sehr vorbildlichen und politikgeschichtlich sehr anregenden Studie belegen konnte (37). Die Folgen der hier untersuchten sozialen Öffnung für die Entwicklung des Parteiensystems der Weimarer Zeit müssen noch intensiver diskutiert werden. Dennoch ändert die überzeugende Darstellung der Hamburger Entwicklung wenig an der These, daß die Sozialdemokratie die im Zuge sozialer Differenzierung entstehenden Mittelschichten kaum fest an sich binden konnte. Nach 1918 drifteten sie deshalb ab und konnten auch durch die Weimarer Sozialdemokratie nicht wieder gebunden werden.

4. Im Hinblick auf die Sozialdemokratie widersprechen sich Thesen und Meinungen zur Erklärung der Wahlergebnisse der SPD, nicht zuletzt im Hinblick auf eine mögliche Beurteilung der die Jahresgrenze von 1918 überschreitenden Perspektiven (38). Viele Zeitgenossen hegten angesichts der außerordentlichen sozialdemokratischen Stimmenerfolge die Hoffnung oder die Befürchtung, in nächster Zukunft sei eine Mehrheit der Wählerstimmen oder gar der Mandate zu erwarten. Trendrechnungen zeigen, daß dies erst in den späten zwanziger Jahren erfolgt wäre, konstante Steigerungsraten vorausgesetzt. Bis heute wird vielfach die Ansicht vertreten, die Stabilität der Wahlkreisgrenzen und die fehlende Anpassung an die Bevölkerungsentwicklung, auch die massiven Unterdrückungsmaßnahmen und sozialen Benachteiligungen sowie die Ausgrenzung der Sozialdemokraten aus dem nationalen Konsens hätte die Wirksamkeit sozialdemokratischer Wahlkämpfe und damit auch die sozialdemokratischen Wahlerfolge massiv beeinflußt.

All diese Faktoren sind sicherlich für die Erklärung der Stimmerfolge bedeutsam und lassen sich von Fall zu Fall auch als Erklärungsgründe für Wahlergebnisse nachweisen. Dennoch ist hervorzuheben, daß viele Befunde die Ansicht belegen, das sozialdemokratische Wählerpotential sei bereits 1903 weitgehend ausgeschöpft gewesen (39). Es lag mithin nicht allein an staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen, wie sozialistische Theoretiker vermuteten, wenn die SPD keine Mehrheitspartei war oder wurde. Vielmehr spiegelten ausgeschöpfte Mobilisierungsraten die Grenzen der Sozialdemokratie als Folge der Sozial- und Konfessionsstruktur, zunehmend auch der voranschreitenden sozialen Differenzierung wider. Ihr Entwicklungstrend war nicht nur durch fortschreitende Urbanisierung bestimmt, welche der Sozialdemokratie zwar bemerkenswert intensive, auf die Wahlkreise bezogene, Erfolge brachte, sondern auch durch eine wachsende soziale Differenzierung, welche die soziologischen Grenzen der Arbeiterbewegung aufweichte.

Die Nationalisierung der Politik vergrößerte überdies die Spielräume aller antisozialdemokratischen Gegner, vor allem im Bereich der ideologisch aufgeladenen außenpolitischen Kontroversen, die - wie die Kritik der sozialdemokratischen Imperialismustheorie durch Schröder u.a. früh gezeigt hat (40) - zu einer gerade gespalten anmutenden Sicht der Weltpolitik führte und insofern die ideologische Manövriermasse der Parteiführung begrenzte.

5. Ein weiteres Problem der massenstatistischen Analyse von Wahlkämpfen ist der Zusammenhang von »Massenpolitik« und regionaler Öffentlichkeit. In diesem Themenbereich ist zunächst davon auszugehen, daß sich die äußeren Umrisse des Parteiensystems zwischen 1871 und 1914 nur wenig veränderten, obwohl sich im Zuge der Industrialisierung, der Entwicklung eines ausdifferenzierten Verbandssystems, der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Reichstag und Regierung und der Entstehung einer insbesondere durch den neuen »Mittelstand dynamisierten Sozialstruktur die Grundlagen der politischen Prozesse entscheidend veränderten. Die vielfältigen Wandlungsprozesse schlagen sich in einem Begriff nieder, der als »politische Entwicklung« oder »politische Modernisierung« bezeichnet werden kann. Er zielt darauf ab, die steigende Wahlbeteiligung, die Ausbreitung von Interessenorganisationen, die breitere Fundierung der politischen Kommunikation zu kennzeichnen - Prozesse, mit denen zugleich eine Intensivierung der politischen Auseinandersetzungen, - im Sinne Stein Rokkans also: die Aktivierung und Polarisierung (41) - einhergehen. Diese Entwicklung war weniger von sozialen als vielmehr von politischen Entwicklungen abhängig. Die parteipolitischen Frontstellungen zwischen Liberalismus und Katholizismus forcierten ebenso den Politisierungsschub wie die Auseinandersetzung zwischen gouvernementalen Kräften und der Opposition noch in der vorkonstitutionellen Zeit der sechziger Jahre. Die mobilisierenden Konfliktlinien veränderten sich nach dem Abflauen des Konfliktes zwar, verstärkten jedoch stets eine Polarisierungstendenz, die wahrscheinlich Otto Büsch veranlaßt hat, eine Zweiteilung des Parteienspektrums vorzuschlagen (42). Die Konflikte zwischen Konservativen und Liberalen in den späten siebziger Jahren und die Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten in den achtziger Jahren wurden zunehmend durch nationalstaatlich »aufgeladene« Auseinandersetzungen überlagert, die sich gegen ethnische Minderheiten richteten. In dieser Weise ist durchaus die Entstehung einer antisemitischen Wahlkampfpropaganda zu deuten (43), und auch die ethnisch begründeten Feindschaftserklärungen gegen Dänen, Polen, Weifen fügten sich in diese Linie ein. Erst nach der Jahrhundertwende boten die Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie wieder die Chance, die Furcht vor dem sozialen Wandel zu politisieren und auf diese Weise soziostrukturell vermittelte Konflikte in die Auseinandersetzungen von Par-

teien und Regierung um allgemeine politische Zielbestimmungen zu integrieren. Eine Sonderentwicklung stellte die wachsende Entspannung der Haltung von Elsässern und Lothringern zum Reich (44) und die Verschärfung des polnischen Gegensatzes dar.

6. Hinter den nationalpolitischen Konfliktlinien trat die Wahlkreiskonkurrenz von Liberalen, zumal Nationalliberalen, und Konservativen weitgehend zurück. Dies kann dadurch erklärt werden, daß das parlamentarische Prinzip unter den Liberalen ganz unterschiedlicher und vielfältiger Schattierungen nur wenige konsequente Anhänger besaß. Dies gab der Regierung die Chance, ihre gouvernementalen Themen in die Hauptwahlkampfauseinandersetzungen einzuführen. Ihre Bemühungen waren jedoch trotz punktueller Erfolge in umkämpften Wahlkreisen langfristig nur von begrenztem Wert. Regressionsstatistische Analysen belegen eine bemerkenswerte Wahlkreisstabilität der im Wahlkampf jeweils als »Reichsfeinde« bekämpften Parteien, gleich, ob es sich um Liberale, Linksliberale, Anhänger des Zentrums oder Sozialdemokraten handelt. Daß ethnisch geprägte Wahlkreise sich durch große Stabilität auszeichneten, ist dabei weniger bemerkenswert. In ihrem Bemühen, den eigenen Entscheidungsspielraum von Reichstag unabhängig zu machen, gelang es der Regierung immer wieder, ihre die Öffentlichkeit nicht nur erregenden, sondern letztlich auch spaltenden Streitfragen bis auf die Ebene der Parteien, Kandidaten und der Wähler durchschlagen zu lassen. Insbesondere die Konstruktion von Gegensätzen auf verschiedenen Systemebenen wirkte sich für die Parteien und ihre Orientierungskraft negativ aus, weil sie niemals völlig fähig waren, sich den inszenierten Regierungsappellen zu verweigern. Schlimmer noch: Sie paßten sich an, wie bereits Wolfgang Sauer (45) in seiner anregenden Skizze über den Nationalstaat und seine Integrationsmechanismen und -Strategien zeigen konnte.

7. Die von der Regierung aufgeworfenen Konfliktlinien wurden jedoch nur dann zu längerfristig nachweisbaren politisch bedingten Determinanten der Wahlentscheidung, wenn sie mit den gesellschaftlichen und parteipolitischen Hauptspannungslinien übereinstimmten. Derartige grundlegende Spannungslinien sind vor allem territoriale Gegensätze zwischen nationalem Zentrum und der Peripherie oder die Konflikte zwischen den einzelnen, regionalen und lokalen Elementen der Peripherie. Auch Gegensätze zwischen Regierung und Kirchen oder zwischen den sinn- und wertsetzenden Interessenvertretern, zwischen den je verschiedenen Interessenten aus Landwirtschaft und Industrie oder aus den einzelnen Sektoren und Branchen, zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, können zu derartig durchschlagenden Spaltungslinien des Parteiensystems werden. Die von der makrosoziologischen und historisch-politikwissenschaftlichen Forschung festgestellten Befunde treffen deshalb auch die politi-

sehe Wirklichkeit des konstitutionell verfaßten Reiches - Zusammenhänge der vergleichenden Perspektive müssen jedoch in Zukunft noch systematischer untersucht oder hergestellt werden. Dies fällt wegen der Auflösung interdisziplinärer Zusammenhänge von Sozial- und Geschichtswissenschaft allerdings zunehmend schwerer.

8. Als klassisches Merkmal politischer Entwicklung und Modernisierung wird häufig die Entregionalisierung politischer Konflikte angesehen. Im Zuge dieser »Entregionalisierung« (46) müssen sich die unterschiedlichen regionalen Ausgangslagen der Parteien zunehmend eingeebnet und die überkommenen, traditionellen Teilkulturen sich zu einer nationalen Gesamtkultur gefügt oder abgeschliffen haben. So schlüssig dieses Konzept ist, so schwierig ist es darzustellen - und so zweifelhaft erscheint es mir heute. Wir haben im Passauer Wahlprojekt versucht, regionale Unterschiede zu messen und dabei auch die Abweichung regionaler Wahlergebnisse vom Gesamtergebnis zu erfassen (47). Da Variationskoeffizienten normiert sind, gestatten sie den Vergleich zwischen verschiedenen Parteien und Legislaturperioden. Deutlich verharret der Variationskoeffizient bei den konservativen Parteien, dem Zentrum und bei den Parteien ethnischer Minderheiten auf hohem Niveau. Er nimmt allerdings in bemerkenswerter Weise bei der Sozialdemokratie ab. Was den Liberalen, die sich zunächst als entscheidende nationale Integrationspartei definierten, unter dem Eindruck der gouvernementalen Gegenpropaganda nicht glückte, gelang der als reichsfeindlich und als in nationaler Hinsicht unzuverlässig eingeschätzten Sozialdemokratie. Aus der Umsturzpartei mit zunächst starker regionaler Konzentration wurde im Zuge der Homogenisierung des Wahlverhaltens eine, zumindest funktional gesehen, »nationale Partei«, vielleicht sogar - vergleicht man die Variationskoeffizienten aller anderen Parteien, die »einzige nationale Partei«.

Wenn man die These von der Entregionalisierung überprüft, so ergibt sich eine merkwürdige Diskrepanz zwischen den Thesen von der Universalität sozialer Differenzierung im Zuge von Industrialisierung und Urbanisierung: Denn die eigenständigen Profile regionaler politischer Landschaften werden nicht nivelliert, auch wenn nationale Wahlkampfthemen auf den regionalspezifischen Wertehorizont durchschlugen. Regionale Besonderheiten drücken sich weiterhin im Wahlverhalten aus und lassen sich teilweise bis heute nachweisen.

9. Damit komme ich zum letzten Punkt: der Frage nach den Determinanten des Wahlverhaltens. Wie bereits angedeutet wurde, ist die Parteien- und Wahllandschaft des Kaiserreiches durch seine deutliche Stabilität zu charakterisieren - und dies trotz der großen inneren Veränderungen im Zuge der Spaltung von Parteien oder der Durchsetzung jüngerer Bewegungen wie der SPD, die man geradezu als die mit dem Reich gegründete oder sich

mit ihm durchsetzende Partei bezeichnen könnte. Festzuhalten ist, daß alle Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Liberalen, über recht feste regionale Schwerpunkte verfügten, in sozialen Gruppen fest verankert waren und dadurch eine nicht nur milieubestimmte, sondern auch milieubestimmende Kraft erhielten, die sie weiterhin stabilisierte. Dies sicherte Kontinuität, schränkte jedoch zugleich die Möglichkeit ein, programmatisch innovativ und politisch flexibel zu sein. Aufgrund ihrer engen Bindung an Teilgruppen der Wählerschaft hatten die Parteien kaum die funktionale »Aufgabe«, durch ihre Politik eine milieübergreifende Wirkung zu erzielen. In der Tat legen unsere wahlökologischen Untersuchungen die Vermutung nahe, daß die Parteien zumindest auf regionaler Basis niemals um das gleiche Milieu konkurrierten. Dazu war die soziale, wirtschaftliche, demographische und nicht zuletzt auch die konfessionelle Zusammensetzung ihrer Wählerbasen zu unterschiedlich. Vieles spricht dafür, daß sich die Gräben zwischen den einzelnen Parteien so im Zeitverlauf noch erweiterten. Wir haben versucht, die entstandenen Spaltungslinien mit Hilfe der Faktorenanalyse zu veranschaulichen. In keiner der übernommenen Hauptdimensionen (Religion/Wirtschaftliche Dimension) ähneln sich die fünf wichtigen Parteien. Sie konnten also in den Wahlkreisen von einer bemerkenswerten stabilen Determiniertheit der Wahlentscheidung ihrer Klientel ausgehen. Alles kam also darauf an, jede Irritation dieser politisch differenzierten und doch starken Prägung zu unterlassen - insofern mußten soziale Differenzierung und Urbanisierung als politische Veränderungsfaktoren bewußt zurückgedrängt werden. Sie wirkten innerhalb spezifischer Milieus vielmehr stabilisierend und forcierten eine politische »Versäulung«, die später ihren Ausdruck in der schwerfälligen Koalitionsbereitschaft der Parteien fand - bis weit in die Weimarer Republik hinein, die gerade dadurch belastet wurde. (48)

10. Wahltaktisch betrachtet, war es für die Parteien des Kaiserreichs durchaus vernünftig, sich auf den »Status quo« zu fixieren und den Ausbruch aus dem eigenen Lager zu vermeiden. Diese Immobilität wirkte sich allerdings entscheidend und besonders verhängnisvoll auf den Reichstag aus, der sich durch seine Selbstspaltungen lähmte und so zum Spielball der Regierung werden konnte, die Herr der Situation immer dann blieb, wenn sie es schaffte, politische Determinanten oder Entscheidungsgründe für sich zu reklamieren. Insofern erscheinen die Kartell- und Blockwahlen im Rückblick stets als Ereignisse mit besonders bewegenden Funktionen und Folgen. Weil die Parteien reagierten, blieben sie gouvernemental abhängig und entsprechend wenig politisch autonom. Vielleicht lag es an ihrer gebremsten Autonomie, daß die wichtigen politischen Entwicklungsprobleme, etwa die preußische Wahlrechtsreform, die Reichs- und Finanzreform, kaum oder halbherzig von den Parteien in Angriff genommen wurden und immer stark von der Regierung abhängig blieben. Für eine Verfas-

sungsreform hätte es ja nicht nur der Absprache zwischen Zentrum, Liberalen und Sozialdemokraten, sondern auch einer in die Wählerbasis hinein zu vermittelnden politischen Kompromißbereitschaft bedurft (49). Diese politische Zusammenarbeit wurde erst in der Weimarer Republik, übrigens auch wieder mit deutlich einzelstaatlich unterschiedlicher Intensität, verwirklicht. Dabei machte sich aber bald die Last soziokultureller und konfessioneller Zerrissenheit bemerkbar. Sie erschwerte nicht nur den Abbau neuer politischer Feindbilder, sondern intensivierte bald die Revitalisierung der alten (50). Auch die vielfach konstatierte »negative« Entwicklungsmöglichkeit der Weimarer Republik kündigte sich so schon frühzeitig im Kaiserreich an und ist nicht allein das Ergebnis einer Kontinuität der Eliten: vielmehr stellte die durchgängig instabile sozialkulturelle Basis der illiberalen und sich zunehmend entliberalisierenden Mittelparteien eine besonders ungünstige Ausgangsposition für die politischen Herausforderungen der Zwischenkriegszeit dar.

Es ist bekannt, daß das Deutsche Reich die Herausforderungen der entstehenden Industriegesellschaft und der partizipatorisch-sozialstaatlichen politischen Kultur gleichzeitig bewältigen mußte. Dabei stellte sich heraus, daß ein rapider sozialer Wandel nicht nur die alten Bindungen auflöste, sondern im Zuge der sozialen Differenzierung, Urbanisierung und Industrialisierung gerade neue soziale Milieus schaffen und verfestigen konnte. Diese neuen sozialen Entwicklungen führten nicht zu grundlegenden politischen Neuorientierungen oder gar zur Ausbildung einer Kompromißbereitschaft erzeugenden politischen Empathie, sondern zur Stabilisierung von milieuartigen Subkulturen im Gegeneinander. Der politische Gegensatz stabilisierte die Parteien allerdings organisatorisch, weil er sich wahltaktisch auszahlte. Die Parteien waren jedoch nur kurze Zeit die Nutznießer dieses Immobilismus und wurden schließlich nach dem Ende des Kaiserreichs Opfer einer Unbeweglichkeit der Wählerschaft, die sich einerseits in den, unvergleichlich von Lederer beschriebenen, »Kirchturmhorizonten« entfaltete, zum anderen aber im Hinblick auf ihre Interessenpolitik von der nationalen Ebene des politischen Systems abhängig blieb. Dies aber führte schließlich nicht nur zum Untergang des Kaiserreichs, sondern vor allem zur Belastung des Neuanfangs der Weimarer Demokratie und machte wahrscheinlich eine wichtige Vorbedingung ihres Scheiterns aus.

Anmerkungen

- (1) Vgl. zum Forschungsstand und als Sammlung beispielhafter neuer Studien Heinrich Best, Hg., Politik und Milieu: Wahl- und Eliteforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989 (— Historisch-sozialwissenschaftliche Forschungen Bd. 22) sowie die neuen Studien von Gerhard A. Ritter, Die Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: HZ 249, 1989, S. 295 ff.; ders., Hg., Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung: Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs, München 1990; Detlef Lehnert, Zur historischen Soziographie der Volkspartei: Wählerstruktur und Regionalisierung im deutschen Parteiensystem seit der Reichsgründung, in: Archiv für Sozialgeschichte 29, 1989, S. 1 ff.; Elfi Bendikat, Wahlkämpfe in Europa 1884-1889: Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Wiesbaden 1988.
- (2) Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit: Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.
- (3) Diese Diskussion wird hervorragend durch Ernst Wolfgang Böckenförde, Hg., Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815-1918), Köln 1972 erschlossen.
- (4) Hier sei vor allem an die Kontroverse über Sinn und Grenzen der politischen Geschichte erinnert, die schließlich in Einzelstränge des Historikerstreits ausuferte, wie vor allem Hans-Ulrich Wehlers 'polemischer Essay' zeigte, der unter dem Titel »Entsorgung der deutschen Vergangenheit?«, München 1988, erschienen ist.
- (5) Vgl. den sehr zuverlässigen Überblick von Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 233 ff.
- (6) Zu diesem Thema sind geradezu grundlegend die verschiedenen Arbeiten von Jürgen Falter, etwa: Wählerbewegungen zur NSDAP 1924-1933, in: Otto Büsch, Hg., Wählerbewegung in der europäischen Geschichte, Berlin 1980, S. 159 ff.; weitere Arbeiten Falters werden in der Bibliographie seines Buches: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik: Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 245 aufgeführt.
- (7) Theodor Schieder, Die Krise des bürgerlichen Liberalismus: Ein Beitrag zum Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung, in: Lothar Gall, Hg., Liberalismus, Köln 1976, S. 192 ff.
- (8) Gerhard Leibholz, Staat und Gesellschaft in England, in: ders., Strukturprobleme der modernen Demokratie, Frankfurt/M. 1974, S. 206 ff.

- (9) Vgl. als Fallstudie jetzt Peter Steinbach, *Die Politisierung der Region*, 2 Bde., Passau 1989.
- (10) Vgl. etwa die Kritik Lehnerts (wie Anm. 1) an verschiedenen wahlsoziologischen Schlüssen auf der Grundlage der Aggregatstatistik. Besonders schmerzlich wird die von Alfred Milatz begonnene, aber nicht vollendete graphische Verdeutlichung der Reichstagswahlstatistik vermißt.
- (11) Karl Rohe, *Wahlanalyse im historischen Kontext: Zur Kontinuität und Wandel von Wählerverhalten*, in: HZ 234, 1982, S. 337 ff.
- (12) Vgl. dazu Peter Steinbach, *Stand und Methode der historischen Wahlforschung*, in: Hartmut Kaelble u.a., *Probleme der Modernisierung in Deutschland: Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Opladen 1978, S. 171 ff.; Peter Steinbach, *Modernisierungstheorie und politische Beteiligung: Zur Analyse politischer Partizipation im langfristigen Wandel*, in: Hartmut Kaelble u.a., *Mobilität, Partizipation, Protest: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Opladen 1986, S. 36 ff.
- (13) Vgl. Gerhard A. Ritter, *Die deutschen Parteien 1830-1914: Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem*, Göttingen 1985, S. 25 ff.
- (14) Vgl. Peter Steinbach, *Zeitgeschichte und Politikwissenschaft*, in: Stephan von Bandemer u. Göttrik Wewer, Hg., *Regierungssystem und Regierungslehre: Fragestellungen, Analysekonzepte, Forschungsstand eines Kernbereichs der Politikwissenschaft*, Opladen 1989, S. 25 ff.
- (15) Einen sehr weitreichenden und zuverlässigen Überblick bietet jetzt Stefan Immerfall, *Territorium und Wahlverhalten: Zur Modellierung geopolitischer und geoökonomischer Entwicklungsprozesse*, Diss.phil. Passau 1990.
- (16) Peter Steinbach, *Deutungsmuster der historischen Modernisierungstheorie für die Analyse westeuropäischer Wahlen*, in: Otto Büsch und Peter Steinbach, Hg., *Vergleichende europäische Wahlgeschichte: Beiträge zur historischen Wahlforschung vornehmlich West- und Nordeuropas*, Berlin 1983, S. 158 ff. In diesem Zusammenhang ist selbstverständlich und vor allem an die kaum zu überschätzende Bedeutung von Stein Rokkan zu erinnern.
- (17) Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975.
- (18) M. Rainer Lepsius, *Extremer Nationalismus: Strukturbedingungen vorder nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart 1966; thesenartig konzentriert dann zu dem Aufsatz: *Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Gerhard A. Ritter, Hg., *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56 ff.

- (19) Mario Rainer Lepsius. Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen, in: PVS 13, 1973, S. 295 ff.: diesen Ansatz hat sozialisationsgeschichtlich erprobt: Monika Neugebauer-Wölk, Wählergenerationen in Preußen zwischen Kaiserreich und Republik: Versuch zu einem Kontinuitätsproblem des protestantischen Preußen in seinen Kernprovinzen, Berlin 1987.
- (20) Vgl. zur Kritik Gerhard Brandt, Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung: Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1990, S. 34 ff.
- (21) Stein Rokkan, Citizens, Elections, Parties, Oslo 1979. Vgl. zum Versuch einer Umsetzung des Entwicklungskonzepts von Rokkan außer Steinbach, Deutungsmuster (wie Anm. 16) vor allem Immerfall, Territorium (wie Anm. 15), der die Modelle und Kategorien von Rokkan übernimmt und einer empirischen Überprüfung unterzieht.
- (22) Peter Steinbach, Hg., Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1982.
- (23) Umso stärker ist auf die Studien von Elfi Bendikat hinzuweisen, die sich jetzt zusammengefaßt finden in ihrem Aufsatz: Politikstile, Konfliktlinien und Lagerstruktur in Parteiensystemen des späten 19. Jahrhunderts, in: PVS 30, 1989, S. 482 ff. Weiterhin sind zu berücksichtigen Horst Nöcker, Wählerentscheidung unter demokratischem und Klassenwahlrecht: Eine vergleichende Statistik der Reichstags- und Landtagswahlergebnisse in Preußen 1903 nebst Angaben zur Wirtschafts- und Sozialstruktur nach Vergleichsgebieten, Berlin 1987; ders., Der preußische Reichstagswähler in Kaiserreich und Republik 1912 und 1924: Analyse, Interpretation, Dokumentation: Ein historisch-statistischer Beitrag zum Kontinuitätsproblem eines epochenübergreifenden Wählerverhaltens, Berlin 1987.
- (24) Peter Steinbach, Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich im Spiegel der historischen Wahlforschung, in: G.A. Ritter, Hg., Aufstieg (wie Anm. 1), im Satz.
- (25) Ritter, Parteien (wie Anm. 13), S. 14 ff.; vgl. auch Ritters Diskussionsbeitrag in Büsch, Hg., Wählerbewegung (wie Anm. 6), S. 55 u.ö.
- (26) Vgl. jüngst die eindrucksvolle Studie von Hartwig Brandt, Parlamentarismus in Württemberg 1819-1870: Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987.
- (27) Wolfgang Sauer, Das Problem des deutschen Nationalstaates, in: Hans-Ulrich Wehler, Hg., Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln u.a. 1966, S. 407 ff.
- (28) 28 Vgl. Peter Steinbach, Der gezähmte Massenmarkt: Wahlkämpfe im Bismarckreich 1867-1881, Passau 1990.
- (29) Ritter, Parteien (wie Anm. 13), S. 10 ff.
- (30) Stanley Suval, Electoral Politics in Wilhelmine Germany, Chapel Hill 1985.

- (31) Langewiesche, Liberalismus (wie Anm. 5), S. 128 ff.; ferner James J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus: Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg, München 1983, S. 145 ff.
- (32) Dies macht immer noch unvergleichlich deutlich die fraktionshistorisch orientierte Studie von Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1965, S. 140 ff.
- (33) Vgl. Karl-Egon Lonne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1986, S. 123 ff. sowie Wilfried Loth, Katholiken im Kaiserreich: Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1984.
- (34) Vgl. zum Forschungsstand Winfried Becker, Hg., Die Minderheit als Mitte: Die deutsche Zentrumsparterie in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933, Paderborn 1986.
- (35) Alf Mintzel, Die Volkspartei: Typus und Wirklichkeit: Ein Lehrbuch, Opladen 1984.
- (36) Besonders pointiert in Hans-Jürgen Puhle, Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890-1914, in: Michael Stürmer, Hg., Das kaiserliche Deutschland: Politik und Gesellschaft 1870-1918, Düsseldorf 1970, S. 340 ff.
- (37) Helga Kutz-Bauer, Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und bürgerlicher Staat in der Zeit der Großen Depression: Eine regional- und sozialgeschichtliche Studie zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Großraum Hamburg 1873 bis 1980, Bonn 1988.
- (38) Dazu wegweisend und methodisch unübertroffen Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920, in: ders., Hg., Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft: Festschrift für Hans Rosenberg, Berlin 1970, S. 342 ff.
- (39) Steinbach, Entwicklung (wie Anm. 23); dagegen vgl. aber Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin/DDR 1987, S. 698 ff.
- (40) Hans-Christoph Schröder, Sozialismus und Imperialismus: Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der 'Weltpolitik' vor 1914, Bonn-Bad Godesberg 1975 (2. Aufl.); ders., Sozialistische Imperialismusdeutung, Göttingen 1973.
- (41) Vgl. dazu wieder die einschlägigen Studien von Stein Rokkan, die sich in seinen Aufsatzsammlungen und Einzelstudien finden. Vgl. dazu vor allem seine Bibliographie in ders., Citizens (wie Anm. 20), S. 455 ff. und in Immerfall, Territorium (wie Anm. 15), S. 298 ff.
- (42) Otto Büsch, Parteien und Wahlen in Deutschland bis zum 1. Weltkrieg, in: Abhandlungen aus der Pädagogischen Hochschule Berlin Bd. 1, Berlin 1974, S. 178 ff.; dagegen vor allem Werner Conze, Wahlsoziologie und Parteigeschichte, in: Otto Büsch, Hg., Wählerbewegung in der deutschen Geschichte, Berlin 1978, S. 111 ff.

- (43) Darauf hingewiesen zu haben, ist das Verdienst von Werner Jochmann, Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, in: ders., Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945, Hamburg 1988, S. 30 ff.
- (44) Hermann Hiery, Reichstagswahlen im Reichsland: Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871-1918, Düsseldorf 1986.
- (45) Sauer, Nationalstaat (wie Anm. 23); stark durch seine Deutung wurde dann Wehlers Interpretation des Kaiserreichs beeinflusst. Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973 u.ö.
- (46) Peter Steinbach, Historische Wahlforschung und regionalspezifische Politikrezeption, in: Büsch, Hg., Wählerbewegung (wie Anm. 6), S. 34 ff.
- (47) Vgl. dazu Stefan Immerfall, Wahlverhalten und Parteiensystem im Kaiserreich: einige quantitative Befunde, in: Best, Politik und Milieu (wie Anm. 1), S. 34 ff.
- (48) Vgl. die Kontroversen über die Verantwortung der Parteien für das Ende der Weimarer Republik, die sich vor allem an Conzes Auseinandersetzung mit Karl Dietrich Bracher entzündeten. Sie ist gut dokumentiert bei Gotthard Jasper, Von Weimar zu Hitler, Köln und Berlin 1968, S. 27 ff.
- (49) Diese grundlegende Voraussetzung politischer Kompromißbereitschaft wird häufig von denen übersehen, die, wie Rauh, eine Reformfähigkeit des Kaiserreichs hypothetisch konstatieren. Vgl. vor allem Manfred Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977 und dazu Dieter Langewiesche, Das Deutsche Kaiserreich: Bemerkungen zur Diskussion über Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands, in: Archiv für Sozialgeschichte 19, 1979, S. 628 ff.
- (50) Dazu grundsätzlich anregend Detlef Lehnen und Klaus Megerle, Hg., Politische Identität und nationale Gedenktage: Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989.